SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ost und West: Zukunftsperspektiven in Deutschland

Rehberg, Karl-Siegbert

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Rehberg, K.-S. (1997). Ost und West: Zukunftsperspektiven in Deutschland. In S. Hradil (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996* (S. 207-211). Frankfurt am Main: Campus Verl. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-190661

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Foren

»Ost und West – Zukunftsperspektiven in Deutschland«

Karl-Siegbert Rehberg

Moderiert von Wolfgang Zapf (Wissenschaftszentrum Berlin) und ausgehend von seinem Positionsreferat, diskutierten der Soziologe Ulrich Beck (München), der Leiter der »Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben« als Nachfolgeeinrichtung der »Treuhandanstalt«, Dr. Heinrich Hornef, Pfarrer Ehrhardt Neubert (Studien- und Begegnungsstätte der EKD Berlin), Dr. Bernd Pfalzgraf als Vertreter des sächsischen Wirtschaftsministers und schließlich der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse MdB (Bonn/Berlin) darüber, wie der Transformationsprozeß in Ostdeutschland zu beurteilen sei und welche Zukunftsaussichten sich für das vereinte Deutschland daraus ergeben.

Wolfgang Zapf stellte drei Thesen an den Anfang: »Erstens hat sich die ostdeutsche Transformation stabilisiert, obwohl sie von großen Stimmungsschwankungen begleitet ist, zweitens sind die Bilanzen der gesamtdeutschen Transformation kritisch, aber im ganzen positiv (besonders im internationalen Vergleich) und drittens werden die deutschen Probleme (einschließlich der ›nachholenden Modernisierung‹) im internationalen (besonders europäischen Rahmen) zurücktreten, denn die massiven, teilweise schockartigen Umbrüche in Ostdeutschland sind abgeschlossen.« Der einschneidende Verlust von ca. 3 Mio. Arbeitsplätzen als Folge vor allem der Währungsunion habe sich so

nicht fortgesetzt, der »demographische Stillstand« sei gestoppt, die ersten Konsumwellen abgeebbt. Sieht man sich die Einschätzungen der Lage in Umfragen an, so habe es einen tiefen Stimmungsumbruch zum Negativen im Jahr 1995 gegeben (allerdings in ganz Deutschland). Nach wie vor gebe es in Ostdeutschland eine ungewöhnlich große Diskrepanz zwischen der sehr schlechten Beurteilung der Gesamtlage und der deutlich besseren der persönlichen.

Als Beispiele soziologischer Deutungen erwähnte Zapf verschiedene Theorie- und Analysemodelle: 1. die »Kolonisierungsthese«, dagegen 2. akteursbezogene Ansätze, die zeigten, »daß große Alternativen beim damaligen Mangel an Zeit und Information nicht bestanden hätten«. Bei ostdeutschen Autoren spielten 3. kultursoziologische Ansätze eine bedeutende Rolle, schließlich gebe es 4. Analysen, welche die deutsche Transformation als besonders günstigen Sonderfall postkommunistischer Modernisierungen auffaßten (und die gebe es nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern z.B. auch in Südkorea, wo die Angst vor der Unfinanzierbarkeit einer Wiedervereinigung ausgeprägt sei).

Der »größte Teil des Weges« sei in Deutschland bereits zurückgelegt, wenn die Bundesregierung auch neuerdings davon spreche, man brauche für eine Angleichung der Lebensverhältnisse etwa fünfzehn Jahre. Abschließende These: »Spaltungstendenzen, wie in vielen Teilen Europas, sind nicht erkennbar« (nicht einmal in der Variante einer »Lega Nord«); »der nachholenden Modernisierung wird eine fortführende folgen, ohne heroische Aufbrüche« und schließlich: »Auch in zwanzig Jahren wird es noch den deutschen Sozialstaat geben« und zwar – wie Schweden beweist – »um so erfolgreicher, je mehr auf Dialog, Kompromiß und Gleichbehandlung geachtet wird«. Jedenfalls seien die meisten der bestehenden Probleme keine der »Globalisierung«.

Ulrich Beck, der im Arrangement der Debatte »fast schon ein ›replay‹ des Frankfurter Soziologentages« sah (beim 25. Soziologentag hatten fünf Jahre zuvor Wolfgang Zapf und er die Eröffnungsveranstaltung kontrovers bestritten), wollte neuartige Wandlungen sichtbar machen, die bisher nur mit den Kategorien der »alten Industriegesellschaft« bearbeitet würden, während doch die Prämissen *dieser* Moderne zunehmend erudierten; etwa stammten ein »Taifun-Wort« wie »Globalisierung« oder Begriffe wie »nachhaltige Entwicklung« aus der »ermatteten Arbeitsgesellschaft«. Beck betonte eine Kontinuität der Soziologentage, denn das Fach habe die Probleme schon relativ früh behandelt, so z.B. 1980 »Die Krise der Arbeitsgesellschaft« in Bamberg und 1991 in Frankfurt »Die Modernisierung moderner Gesellschaften«.

Sein empirisches Material nahm er aus dem Arbeitszusammenhang der »Zukunftskommission« der Ministerpräsidenten Biedenkopf und Stoiber, der

auch Beck angehört (vgl. den Eröffnungsvortrag von Kurt Biedenkopf im vorliegenden Band). Mit Wolfgang Zapf meinte auch Beck, daß die Arbeitsplatzentwicklung in Ostdeutschland keine Sonderentwicklung darstelle. In allen früh industrialisierten Ländern müsse mit einem Sinken des Arbeitsvolumens bei erhöhter Produktivität gerechnet werden. Das wird zusätzlich überdeckt von der Umschichtung der »alten Norm-Arbeitsplätze«. Zunehmend mehr Beschäftigte würden künftig in Teilzeit-, in befristeten und anderen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen: »Die Kategorie des ›Arbeitsplatzes‹ hat also kein Monopol mehr für die Existenz- und Zukunftssicherung.«

Zwei Extremszenarien sind denkbar. Erstens: Eine politische Fixierung auf »Globalisierungs«-Probleme könnte zu einem Abbau von Sozialleistungen führen, der die »Brasilianisierung« der Bundesrepublik Deutschland nach sich zöge, d.h. daß immer mehr Menschen aus der Gesellschaft ausgegrenzt würden: »Keine Arbeit, keine Wohnung – keine Wohnung, keine Arbeit – keine Arbeit und keine Wohnung, keine Demokratie!« Zweitens sei aber auch ein »neues Sozialmodell für die nachindustrielle Gesellschaft« möglich, ein neues Verhältnis von »Arbeits- und Bürgergesellschaft«.

Heinrich Hornef berichtet über die Hauptprobleme der Privatisierung ostdeutscher Betriebe durch die Treuhandanstalt. Die meisten Betriebe hätten nur ein Drittel der Produktivität westlicher Unternehmen gehabt, viele seien gar nicht erhaltbar gewesen (z.B. 50 bis 60 Brikettfabriken, von denen 4 bis 5 übrigblieben). Er erinnerte daran, daß die Treuhandanstalt noch durch die Regierung Modrow gegründet worden sei, mit dem Auftrag, Wirtschaft und Staat durch die Herausbildung eines gelenkten, aber selbständig agieren könnenden »Superkonzerns« zu trennen, während dann erst die demokratisch gewählte Volkskammer und die de Mazière-Regierung eine neue Aufgabe, nämlich die der Privatisierung, stellten. Der Vorrang von Sanierungen vor einem Firmenverkauf sei in den meisten Fällen unrealisierbar gewesen, zumal Milliardenbeträge für Umstellungen, Sozialpläne, Umschulungen etc. ausgegeben worden seien.

Auch Pfarrer *Ehrhardt Neubert* hielt die politische, soziale und wirtschaftliche Transformation für »wesentlich gelungen, trotz noch lang anhaltender Unterschiede«. Ganz anders aber sei die Frage nach der »Vereinigung der politischen Kulturen« zu bewerten, nach der »Reflexion der eigenen Identität«; hier zeigten sich die wesentlichen Unterschiede zwischen Ost und West, »die überhaupt erst nach der Euphorie von 1989 sichtbar werden konnten«. Neubert spricht von einem mentalen Zurückbleiben der ostdeutschen Bevölkerung, etwa von gesteigerten Sicherheits- und Geborgenheitsgefühlen, aber

auch Solidaritätsempfindungen, denen gegenüber »Freiheit« viel geringer bewertet werde. Die größte Unsicherheit herrsche in den »sozial am besten gesicherten Gruppen«, weil diese (z.B. Mitglieder des öffentlichen Dienstes) wie auch viele Intellektuelle sich noch »nicht beheimatet« fühlten, vor allem durch massive Enttraditionalisierungen und die Auflösung vieler sozialer Kollektive. Jedenfalls würden heute viele einstmalige Überlebensstrategien entwertet, die »Entlassung aus der Vollversorgung« führe zu einem »Gefühl des Verlassenseins«. So würde versucht, manche »Ostalgie« in positive Identitäten umzuformen, wie das selbst ehemalige Oppositionelle (etwa Friedrich Schorlemmer) versuchten. Zwar sei die sozialistische Gemeinschaft zusammengebrochen, geblieben seien jedoch Denkstrukturen und die »Sehnsucht nach einer (geschichtsphilosophischen) Sakralisierung der Welt«. Man müsse sich heute fragen, welche Zivilisation wir wollten – eine offene oder eine metaphysische. Neuberts These: »Der äußeren Freiheit muß die Freiheit des Bürgers folgen.«

Bernd Pfalzgraf schilderte einige Entwicklungen in Sachsen, das er als »Musterland der neuen Bundesländer« ansah und verwies auf die Spitzenstellung Leipzigs und Dresdens in verschiedenen Stadtentwicklungsprognosen. Einen »Nachholbedarf« gebe es vor allem für eine mittelstandsorientierte Technologiepolitik – Arbeitsplätze blieben das Hauptproblem der Wirtschaftspolitik.

Wolfgang Thierse begann mit einer Replik auf Heinrich Hornefs Darstellung der Treuhand-Entscheidungen und meinte, das Beispiel von JenOptik und Lothar Späth hätte in Ostdeutschland viel öfter angewendet werden können, nämlich ein Unternehmen zuerst erfolgreich zu machen und dann zu privatisieren. Thierse wollte nicht als Wissenschaftler sprechen, sondern als »parteiischer Ostdeutscher und politischer Akteur«. Er widerspreche der These Wolfgang Zapfs vom erfolgreichen Transformationsprozeß deshalb »in politischer Absicht«. Zwar sei ein stabiler institutioneller Rahmen gesetzt worden, aber das Mißtrauen in die Demokratie sei gleichwohl gewachsen, und inzwischen gebe es »von höchster Seite« Schätzungen, daß die Angleichung der Lebensverhältnisse nicht fünfzehn, sondern fünfzig oder siebzig Jahre brauchen werde. Im übrigen sei augenblicklich der Prozeß der Angleichung ökonomisch »abgebrochen« (Anfang 1991 von einem 9%-Wachstum zu einem Minus von 4%).

Und was heiße überhaupt »Privatisierung«, wenn alle Investitionen via Treuhand vom Staat angestoßen würden und das Ergebnis gleichwohl eine breite Deindustrialisierung Ostdeutschlands sei. »Angleichung« bleibe ein Ziel, aber es sei ein »Geburtsfehler« des Einigungsprozesses gewesen, daß alleine auf die staatliche Gleichstellung abgestellt wurde. Demgegenüber habe man Differenzen unterschätzt, etwa die unterschiedliche Einstellung zur Ar-

beit: »Ostdeutsche Frauen lassen sich nicht so leicht in die stille Arbeitsmarktreserve abdrängen, Arbeitszeitverkürzung als Positivum in Westdeutschland (à la Beck) ist in Ostdeutschland nicht vermittelbar« etc.

Was kann daraus für Deutschland als ganzes gelernt werden? Thierse verweist auf ostdeutsche Reformerfahrungen, die er für den gesamtdeutschen Reformprozeß genutzt sehen möchte (eine These, der Ehrhardt Neubert in der weiteren Diskussion heftig widersprach). Thierse sieht das Dilemma, daß sich die Ostdeutschen an Verhältnisse anpassen müssen, die sich auch bereits im Westen geändert haben, »weshalb ich Verständnis habe für ein spezifisches ostdeutsches Sicherheitsbedürfnis«. So sei also zu fragen, ob es auch Vorteile einer verzögerten Entwicklung gebe, wenn man sozusagen »auf der Datenautobahn noch mit dem Fahrrad fährt«. Heiße »vom Osten lernen, nur Lohnverzicht lernen« oder nur zu lernen, »es hinzunehmen, daß Mitwirkungsmöglichkeiten abgebaut, daß schlechteres Wasser für höhere Kommunalgebühren geliefert werde, all das bei gleichzeitigem Abbau sozialer Leistungen?« Ein Beispiel für eine massive Fehlentwicklung seien die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: ABM sollte eine »Brücke zum ersten Arbeitsmarkt« werden, aber dieses Ufer gab es gar nicht, die gesamte Arbeitsförderung sei zu einem »Instrument für einen unerfüllbaren Zweck« geworden. Deshalb bekämpfe er die »Abbauwut« sogar gemeinsam mit dem »sächsischen Parteifreund des Bundeskanzlers auf dem Ministerpräsidentenstuhl«.

Die Schlußthese Thierses lautete: »Es ist *nicht* alles auf dem guten Weg, das Problem der Einheit steht *nicht* kurz vor der Lösung, der Zeithorizont ist ungewiß.« Am wichtigsten sei nun subjektive Gleichberechtigung, auch die Beteiligung der ostdeutschen Reformerfahrungen an der gesamtdeutschen Veränderung, von den Ostdeutschen werde »ein zweiter Mut« gefordert.